

**NDR Info Das Forum**  
**STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN**  
Andreas Flocken

**19.06.2010 /19.20-19.50 Uhr**  
**20.06.2010 /12.30-13.00 Uhr (Wh.)**  
E-Mail: [streitkraefte@ndr.de](mailto:streitkraefte@ndr.de)  
[www.ndrinfo.de](http://www.ndrinfo.de)

**Inhalt:**

- Sparzwang bei den Streitkräften - Bundeswehr-Struktur und Rüstungsprojekte auf dem Prüfstand  
Interview mit Sascha Lange, Stiftung Wissenschaft und Politik
- Überforderte Ausbilder? Schwierige Umsetzung der Wehrpflicht-Verkürzung auf sechs Monate
- Chinesische Aufrüstung – Gefahr für die Stabilität in Asien?

Zur Verfügung gestellt vom NDR  
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Heute mit einer neuen Ausgabe der Sendereihe Streitkräfte und Strategien, am Mikrofon begrüßt Sie Andreas Flocken.

Und das sind unsere Themen:

- Sparzwang mit Folgen - Bundeswehr-Struktur und Rüstungsprojekte auf dem Prüfstand.
- Überforderte Ausbilder? Schwierige Umsetzung der Wehrpflicht-Verkürzung. Und:
- Chinesische Aufrüstung – Gefahr für die Stabilität in Asien?

Die Finanzkrise schlägt nun auch voll auf die Bundeswehr durch. Bis 2014 soll sie mehr als acht Milliarden Euro einsparen. Dabei sieht sich die Bundeswehr bereits jetzt unterfinanziert - trotz eines Haushalts von rund 31 Milliarden Euro. Die Streitkräfte stehen vor gravierenden Umwälzungen. Bundeskanzlerin Merkel Anfang des Monats nach der Sparklausur des Kabinetts:

**O-Ton Merkel**

„Wir haben ... die Aufgabe, die Bundeswehr zukunftsfähig zu machen. Das wird mit einer groß angelegten Streitkräfte-reform verbunden sein. ...Es ist völlig klar

geworden, dass die Veränderung der Bundeswehr nicht nur marginal sein wird, sondern hier durchaus wesentliche Veränderungen stattfinden müssen.“

Die Zahl der Zeit- und Berufssoldaten soll um bis zu 40.000 reduziert werden. Welche Folgen ein solcher Einschnitt hat, das soll das Verteidigungsministerium nun prüfen und im September darlegen.

Über den anstehenden Umbau der Bundeswehr habe ich mit dem Rüstungsexperten Sascha Lange von der Stiftung Wissenschaft und Politik gesprochen. Ich habe Sascha Lange gefragt, warum angesichts der Sparzwänge der Bundeswehr-Umfang von 250.000 Soldaten nicht mehr zu halten ist:

#### Interview Flocken / Sascha Lange

Lange: Die Personalkosten bei der Bundeswehr sind ein ganz wesentlicher Kostenpunkt. Und es wird wahrscheinlich nicht zu vermeiden sein, dass, gemäß dem Trend bei allen anderen Streitkräften in Europa, die Anzahl der Soldaten sich weiterhin deutlich nach unten orientieren wird, nachdem die Zahlen ja schon sehr weit zurückgegangen sind, wenn man daran denkt, dass in der Vergangenheit die Bundeswehr schon mal über 500.000 Soldaten umfasst hat.

Flocken: Sie sagen, die Personalkosten sind hoch. Wie hoch sind sie denn?

Lange: Wir haben einen Anteil, der sich in Bezug auf die Operationskosten ungefähr auf 11 Milliarden Euro beläuft. Das ist insgesamt natürlich ein ganz wesentlicher Kostenpunkt, der über 30 Prozent des Bundeswehrhaushaltes ausmacht. Eigentlich die Personalkosten sogar noch höher, weil einen großen Teil des Bundeswehrhaushaltes auch noch die Versorgungsausgaben ausmachen, die noch hinzukommen.

Flocken: Aber könnte man nicht sagen: wir halten am Umfang von 250.000 Soldaten fest und kürzen vor allem bei den Milliarden teuren Rüstungsprojekten. Denn wenn man diese Vorhaben summiert, das haben Experten ausgerechnet, kommt man auf fast 80 Milliarden Euro. Ist das eine Möglichkeit?

Lange: Das ist eine Möglichkeit, aber insgesamt ist der Sparbedarf wirklich so groß, dass hier ein einzelner Bereich nicht ausreicht. Hier können nicht einzelne Bereiche ausgenommen werden. Es müssen alle Bereiche ihren Beitrag leisten, diese Sparumfänge insgesamt darstellen zu können. Und bei den Rüstungsbeschaffungen ist es zudem auch so, dass viele Investitionen, viele Pro-

gramme vertraglich schon festgezurrert sind. Von daher wäre es ein sehr hoher Aufwand und ein großer politischer Kampf, solche Projekte tatsächlich wesentlich zu beschneiden oder sogar vollkommen zu stoppen.

Flocken: Nun hat Verteidigungsminister zu Guttenberg aber bereits zahlreiche Rüstungsprojekte auf den Prüfstand gestellt. Im Augenblick wird geprüft, was weiterhin beschafft werden soll und was nicht. Ihre Einschätzung: Auf welche Rüstungsprojekte könnte die Bundeswehr verzichten?

Lange: Der Verteidigungsminister hat ja sehr deutlich dargestellt, dass für ihn die laufenden Einsätze und die wahrscheinlicheren Einsätze der Kernpunkt der zukünftigen Bundeswehrausrichtung sein wird. Wenn man dem folgt, stellt sich relativ leicht dar, dass Systeme, die noch für den Kalten Krieg ausgelegt worden sind, die in der Zeit des Kalten Krieges geplant und entwickelt wurden, eher in die Kritik kommen werden. Solche Systeme werden eher Schwierigkeiten haben, als Systeme oder Fähigkeiten, die in den heutigen sogenannten asymmetrischen Einsätzen, die wir beispielsweise in Afghanistan haben, benötigt werden.

Flocken: Worauf könnte man verzichten?

Lange: Man könnte, wie gesagt, auf Fähigkeiten des Kalten Krieges verzichten.

Flocken: Zum Beispiel?

Lange: Zum Beispiel auf Luftabwehr-Systeme. Da wäre zum Beispiel das MEADS-Programm, das ist ein Luftabwehrsystem. Auch die Anzahl der EUROFIGHTER, die für den Luftkampf ausgelegt sind, ist zu hoch. Eine Stückzahl von 180 wird nicht mehr benötigt - wenn man bedenkt, dass diese Zahlen vor allem im Kalten Krieg festgelegt wurden. Denn die Einsatzrealität sieht heute so aus, dass die gegnerischen Kämpfer, die Taliban, nicht mit Kampfflugzeugen unterwegs sind. Deshalb braucht man in diesem Bereich auch keine großen militärischen Fähigkeiten. Es bleibt abzuwarten, inwiefern es potenzielle neue Bedrohungen gibt. Zum Beispiel, ob die iranische Raketenrüstung so große Fortschritte macht, so dass man sich eventuell doch wieder auf Systeme konzentriert, die neu benötigt werden könnten. Allerdings haben hier die Amerikaner schon so viele Fähigkeiten bereit gestellt und auch schon im Einsatz, dass die Beschaffung zusätzlicher Systeme durch die Bundeswehr für sich erst einmal keinen zusätzlichen Gewinn für die Gemeinschaft bedeuten würde.

Flocken: Aber könnte man nicht die Bundeswehrstruktur insgesamt noch stärker straffen? Also konkret bei der Luftwaffe: weniger Eurofighter-Geschwader oder Ausmusterung der veralteten Phantom-Jagdflugzeuge oder Verringerung der Tornados und dafür effektive unbemannte Flugzeuge, also Drohnen. Wäre das nicht ein gangbarer Weg?

Lange: Das ist ja auch schon ein gangbarer Weg. Viele der von Ihnen angesprochenen Punkte sind schon angefangen bzw. umgesetzt worden. Die Marine hat eine große Anzahl ihrer U-Boote und Schiffe bereits außer Dienst gestellt. Nachfolgeprogramme sollen nicht eins zu eins gelten. Das heißt: für zwei Fregatten in der Vergangenheit soll zukünftig nur eine neue beschafft werden. Hier sieht man schon, dass die Zahlen reduziert werden. Die Anzahl der Kampfflugzeuge bei der Luftwaffe ist auch sehr stark zurückgegangen. Und es ist geplant, dass diese Reduzierungen weiter fortgeführt werden. Die Frage ist, ob unter den sehr starken Sparbemühungen und unter den starken Finanzrahmenbedingungen, unter dem Druck des Sparzwangs, ob hier nicht der Abbau dieser Systeme noch weiter verschärft werden muss.

Flocken: Sie haben es bereits angesprochen. Der größte Posten der Bundeswehr sind vor allem die Personalkosten. Das heißt doch jetzt, dass die Sparziele konkret nur erreichbar sind durch eine Reduzierung des Personals und damit durch eine Reduzierung des Bundeswehrumfangs. Ist das so richtig zu verstehen?

Lange: Ich kenne jedenfalls kein Modell, das von einem Aufwuchs der Kräfte ausgeht. Wie die Bundeswehr im Moment plant, scheinen die Personalzahlen sich weiter deutlich nach unten zu bewegen. Das erfolgt im Einklang mit verbündeten Streitkräften wie zum Beispiel Frankreich, Großbritannien, Italien, und Spanien. Dort werden überall die Streitkräfte personell von den Umfangszahlen weiterhin gesenkt.

Flocken: Es heißt, dass das Verteidigungsministerium den Auftrag hat, eine Reduzierung von 40.000 Berufs- und Zeitsoldaten zu prüfen. Das hat doch auch Auswirkungen auf die Wehrpflicht.

Lange: Die Wehrpflicht würde dadurch auf jeden Fall weiter unter Druck kommen. Es würde für die Bundeswehr noch schwieriger sein, an der Wehrpflicht festzuhalten.

Flocken: Warum?

Lange: Weil aus dem vorhandenen Personalkörper der Zeit- und Berufssoldaten das Personal zur Ausbildung der Wehrpflichtigen ja weiter bereitgestellt werden müsste. Und wenn sie weniger Personal zur Verfügung haben, steigt ja der Anteil derjenigen, die für die Ausbildung benötigt werden, gerade wenn die Wehrpflichtzeit verkürzt wird. Hinzu kommt natürlich auch, dass wir eher steigende Personalumfänge in den Einsätzen haben. Und diese beiden Punkte machen die Situation für die deutschen Streitkräfte kompliziert. Denn die Bundeswehr ist bei einer Personalreduzierung nicht mehr in der Lage, mehr Personal für die Einsätze und zum anderen gleichzeitig auch noch mehr Personal für die Ausbildung bereitzustellen.

Flocken: Das heißt, wenn die Bundeswehr bis 2014 40.000 Berufs- und Zeitsoldaten weniger hat, bedeutet das, dass sie auch nicht mehr auf die zurzeit rund 55.000 Wehrpflichtigen zurückgreifen kann. Das heißt, dass der Personalumfang der Bundeswehr dann auf etwa 150.000 absinkt. Sieht so die Rechnung aus?

Lange: Also, die Planungen, diese Zahlen, die dort vom Verteidigungsminister auch in den Raum gestellt worden sind, sind ja zunächst nicht von der Regierung bestätigt worden. Ich denke, dass man hier auch abwarten muss, inwiefern sich jetzt ein konkretes politisches Grundkonzept darstellt, und was die Grund- und Leitlinien für die Bundeswehr in der Zukunft sein sollen. Man braucht natürlich erst einmal eine wesentliche Darstellung einer Ausarbeitung des Auftrages für die Bundeswehr in der Zukunft. Und dann auch die Mittel dazu, um diesen Auftrag umzusetzen. Und diese Säulen der Rahmenbedingungen, diese Säulen der Einsatzbedingungen, die müssen definiert werden und dann kann man weiter schauen, welche Möglichkeiten sich in diesen Rahmenbedingungen realisieren lassen.

Flocken: Bisher hat die Bundeswehr immer viel Wert darauf gelegt, dass man möglichst das gesamte Spektrum militärischer Fähigkeiten abdeckt. Also, man will zum Lufttransport in der Lage sein, man will an der U-Boot-Abwehr weiter festhalten, will den Luftraum kontrollieren können. Muss man denn von diesem Denken, alles zu können, Abschied nehmen, zumal man ja eine Bündnisarmee ist? Bringt das nicht erheblich mehr Spareffekte?

Lange: So wie ich den Verteidigungsminister verstanden habe hat er vor, dieses auch zu tun. Abschied zu nehmen, von dem vollen Spektrum der Fähigkei-

ten. Wenn die heutigen Einsätze stärker in den Vordergrund treten sollen, ist klar, dass auch Fähigkeiten, die zu Zeiten des Kalten Krieges noch sehr stark im Vordergrund standen, dass diese Fähigkeiten weniger benötigt werden.

Flocken: Zum Beispiel welche Fähigkeiten?

Lange: Zum Beispiel die Befähigung im Luftkampf, die Befähigung in der Luftabwehr. Das sind militärische Fähigkeiten, die angesichts der heutigen Einsatzrealität in deutlich geringerem Umfang benötigt werden.

Flocken: Nun gibt es ja vom Kabinett auch den Auftrag an das Verteidigungsministerium zu prüfen, ob man im Zuge des Bündnisses die Arbeitsteilung forcieren könnte. Wie sehen Sie da die Möglichkeiten?

Lange: Das wird ja in verschiedenen Bereichen bereits getan. Wenn man sich die NATO anschaut, ist es ja nicht so, dass jede Nation jede Fähigkeit zur Verfügung hat. Wenn die NATO eingesetzt wird, dann wird geschaut, welche Nation welche Fähigkeiten zur Verfügung hat. Und dementsprechend werden dann die Planungen vorgenommen: welche Zusammensetzung, welche Fähigkeitspakete von den einzelnen Staaten gestellt werden und wie diese Packages, diese Einsatzpakete, dann tatsächlich umgesetzt werden. Das heißt, das wird heutzutage alles schon getan. Wahrscheinlich würde dann dieser Abstimmungsbedarf in der Zukunft noch stärker werden, wenn man davon ausgeht, dass verschiedene Streitkräfte eben nicht mehr alle Fähigkeiten zur Verfügung haben, sondern einzelne sich hoffentlich ergänzende Fähigkeiten jeweils darstellen können. Aber natürlich ist damit auch ein deutlich höherer Prozess der politischen Abstimmung notwendig. Da wird abzuwarten bleiben, wie verbindlich Absprachen der Fähigkeitsbereitstellungen für andere Nationen umsetzbar sind. Ich glaube, das ist ein sehr schwieriger Prozess, der nicht kurzfristig umzusetzen ist.

Flocken: Man hat aber auch den Eindruck, dass sich die Teilstreitkräfte der Bundeswehr sehr schwer tun, auf bestimmte militärische Fähigkeiten zu verzichten. Eine Marine ohne U-Boote - das erfordert ja ein großes Umdenken. Ist das realistisch?

Lange: Es ist ja so, dass die Marine schon eine große Zahl der U-Boote, die größte Zahl der U-Boote abgegeben hat. Es ist im Ausland ja auch so, dass manche Streitkräfte auf ihre U-Boot-Flotten komplett verzichtet haben. Hier gäbe es zum Beispiel für die Bundeswehr die Möglichkeit, eine Fähigkeit interna-

tional mit einzubringen in potenzielle Einsätze. Auf der anderen Seite wäre es vielleicht dadurch auch möglich, dass andere Nationen der Bundesrepublik wiederum verschiedene Fähigkeiten bereitstellen könnten. In gewissen Bereichen wie zum Beispiel dem Lufttransport gibt es schon eine gesteigerte Kooperation – ein gegenseitiges Geben und Nehmen wenn man so möchte in Bezug auf Lufttransportfähigkeit. Das könnte noch weiter ausgebaut werden. Das wird aber umso schwieriger, je schwieriger, je kritischer solche Einsätze werden. Ich denke, dass es sehr schwierig werden wird, vor allem in potenziellen Kampfhandlungen verbindlich und konkret auf unterschiedliche Streitkräfte von unterschiedlichen Staaten zurückzugreifen. Das erfordert einen starken politischen Verhandlungs- und Abstimmungsprozess, der natürlich vorher weitgehend abgeschlossen sein muss. Und da liegt in erster Linie vor den Europäern noch viel Arbeit.

Flocken: Es sieht ja so aus, dass an einer deutlichen Reduzierung der Bundeswehr kein Weg vorbeiführen wird. Auch die Wehrpflicht steht auf dem Prüfstand. Ist das aber nicht auch eine Chance für eine moderne Bundeswehr? Man muss das doch nicht ganz so skeptisch sehen, wie das von vielen Angehörigen der Bundeswehr im Augenblick gesehen wird.

Lange: Das ist schon sehr schwierig. Denn eine moderne Bundeswehr mit modernsten Systemen nicht nur in den Einsätzen, sondern mit wirklich modernen Systemen, die in der Breite verfügbar sind, ist sehr teuer. Die Waffensysteme, die verschiedenen Fähigkeiten, auch zur Unterstützung, sind in den letzten Jahren sehr kostenträchtig geworden. Es bleibt abzuwarten, ob hier eine Stabilisierung oder gar eine Umkehr in der Preisdynamik wahrzunehmen sein wird. Grundsätzlich ist es wirklich schwierig, eine moderne Bundeswehr voranzubringen, ohne dass deutliche Finanzmittel in Anspruch genommen werden. Eine moderne Bundeswehr auf dem neuesten technischen Stand in der Breite gibt es nicht zum Nulltarif. Und die Finanzmittel, die für eine solche hochmoderne Streitkraft notwendig wären, die sind wahrscheinlich in den heutigen Finanzrahmenbedingungen nur sehr schwer, wenn überhaupt, umzusetzen.

Flocken: Das heißt, Sie befürchten, dass möglicherweise eine kleinere Bundeswehr nicht unbedingt eine, schlagkräftige und höchst moderne Bundeswehr sein könnte?

Lange: Das hängt davon ab, über welche Fähigkeit man sich konkret unterhält. In vielen Bereichen sind in den letzten Jahren bei den militärischen Fähigkeiten die Leistungen ja gestiegen. Wenn man sich zum Beispiel anguckt, dass im Lufttransportbereich eines Tages der Transportflieger A400M zur Bundeswehr stoßen wird, wird man, obwohl weniger Flugzeuge benutzt werden als in der Vergangenheit, trotzdem eine höhere Lufttransportfähigkeit zur Verfügung haben. Also, obwohl es weniger Transportflugzeuge gibt, steigt die Fähigkeit insgesamt. Und hier muss man gucken, von Punkt zu Punkt, von Fähigkeit zu Fähigkeit, wo sich solche sogenannten Trade-Offs, also wo sich Abschätzungen darstellen lassen. Man muss sehen, inwiefern bei einer sinkenden Anzahl von Systemen trotzdem ein Ausbau oder eine Stabilisierung der Fähigkeiten letztendlich möglich ist.

Flocken: Die Bundeswehr soll eine ganz neue Struktur bekommen. Bis zum September soll sie ausgearbeitet werden. Zeigt der Zeitdruck nicht, dass die Bundeswehr es jahrelang versäumt hat, eine zukunftssträchtige Struktur aufzubauen? Hat man sich in der Bundeswehr jahrelang etwas vorgemacht?

Lange: Es ist so, dass die Geschwindigkeit und der Umfang der Restrukturierung jetzt wahrscheinlich deutlich zunehmen werden. Jetzt könnte man natürlich auch sagen, dass es in der Vergangenheit nicht so viel neue Impulse gegeben hat. Dazu muss man allerdings auch wieder sagen, dass die Bundeswehr seit der Wiedervereinigung sehr große Umstrukturierungen, sehr große Reduzierungen schon hinter sich hat. Es wurden eine ganze Reihe von unterschiedlichen Strukturkonzepten aufgestellt, und die Bundeswehr hat dann jedes Mal versucht, diese Zielgrößen auch einzunehmen. Und noch bevor diese verschiedenen Pläne umgesetzt worden sind, waren dann schon neue Rahmenbedingungen gesetzt worden. Und die Bundeswehr musste sich im laufenden Betrieb wieder umorientieren.

Flocken: Verteidigungsminister zu Guttenberg spricht aber auch von Lebenslügen. Etwa wenn er die Einteilung der Bundeswehr in Stabilisierungs-, Einsatz- und Unterstützungskräfte meint. Das ist ja auch eine massive Kritik an seinen Vorgängern, insbesondere auch an dem ehemaligen Generalinspekteur Schneiderhan - oder nicht?

Lange: Wie gesagt, da sind in der Vergangenheit Zielvorgaben gemacht worden, und die haben sich in Bezug auf die Einsatzrealität aus meiner Sicht dann

als nicht exzellent und nicht passend herausgestellt. Ich beurteile die Lage da ähnlich wie der Verteidigungsminister.

\* \* \*

#### Flocken:

Der Rüstungsexperte Sascha Lange von der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik.

Mit dem Abbau von 40.000 Zeit- und Berufssoldaten steht also auch die Wehrpflicht vor dem Aus. Doch statt die wenigen Wochen bis zum September noch abzuwarten, hat der Bundestag in dieser Woche beschlossen, den Wehrdienst von neun auf sechs Monate zu verkürzen. Und im kommenden Monat werden die ersten sogenannten W6 bereits einberufen. Offiziell soll der Wehrdienst mit der Verkürzung für die jungen Männer noch attraktiver ausgestaltet werden. Das Problem ist nur: Bei der Truppe ist bis heute nicht angekommen, was sie ab Juli anders machen soll. Die Ausbildungsverbände müssen nun ausbaden, was Regierung und Parlament auf die Schnelle beschlossen haben. Hören Sie Joachim Samse:

#### Manuskript Joachim Samse

Es dürfte ein holpriger Start für die Bundeswehr werden, wenn die ersten Rekruten einrücken, die nur noch sechs Monate dienen. Denn eine einheitliche Dienstanweisung für W6 gibt es noch nicht. Die Arbeitsgruppe, die sich im Verteidigungsministerium mit der Thematik beschäftigt, hat erst vor kurzem offiziell die Arbeit aufgenommen. Und das Parlament hat den Gesetzentwurf zur Verkürzung des Wehrdienstes erst in dieser Woche verabschiedet.

So rücken also zum 1. Juli neue Rekruten ein und die Truppe weiß nicht so recht, was sie eigentlich ausbilden soll. Beim Heer bleibt es bei der dreimonatigen Grundausbildung, andere Teilstreitkräfte, wie Marine oder Luftwaffe wollen ihren Rekruten in nur noch zwei Monaten das Basiswissen beibringen. Doch was soll wegfallen? Welche Ausbildungsinhalte sind elementar und müssen unbedingt vermittelt werden? Der verkürzte Wehrdienst sollte zudem attraktiver

gemacht werden, ganz anders sein, als der bisherige neunmonatige Grundwehrdienst. So war es von der Bundeswehrspitze zu hören. Was aber soll ab Juli anders gemacht werden als bisher? Mit diesen Fragen werden die Verbände, zu denen die jungen Männer in den nächsten Tagen einberufen werden, ziemlich alleine gelassen. Aus dem Verteidigungsministerium heißt es dazu lediglich: „Das werden die im Rahmen der Auftragstaktik schon hinbekommen.“ Der Eindruck aber bleibt: im Prinzip kann jede Einheit das ausbilden, was ihr wichtig erscheint. Die Konsequenz: es herrscht kein einheitlicher Standard mehr. In der Truppe brodelt es gewaltig, man ist frustriert, fühlt sich vom Ministerium im Stich gelassen. Offen ins Mikrofon sagen mag das aber niemand. Dabei gibt es nicht erst seit der Verkürzung des Wehrdienstes Unmut beim Führungspersonal der Ausbildungseinheiten. Der Wehrbeauftragte des Bundestages, Hellmut Königshaus:

#### O-Ton Königshaus

„Also es gibt eine Reihe von Beschwerden von Ausbildern, schon seit vielen Jahren. Auch im letzten Jahresbericht hat mein Amtsvorgänger das auch schon kritisiert. Und zwar ist es dabei in erster Linie immer um die Frage gegangen, ob die Ausbilder, die ihnen zugewiesene Zahl tatsächlich auch verkraften können. Es gibt darüber hinaus natürlich eine ganze Reihe von Randproblemen, die damit verbunden sind, wenn eine zu hohe Zahl von Rekruten auf einmal einrückt. Dazu gehört also beispielsweise, dass eine zu hohe Belegung in den Stuben dann erreicht wird. Das heißt: teilweise müssen dort sieben Leute auf einer Stube liegen. Das ist natürlich ein Problem. Die Unterrichtsräume reichen nicht aus. Man muss bei der Ausbildung, insbesondere zum Beispiel auf der Schießbahn, zu lange warten, bis man dann dran ist. Das heißt, das wird dann oftmals natürlich von den Rekruten selbst als Gammeldienst empfunden. Die Ausbilder selbst wiederum fühlen sich dann komplett überlastet, weil sie natürlich ihren Rekruten, die ihnen anvertraut sind, eine vernünftige Ausbildung zukommen lassen wollen und all diese Beschwerfnisse vermeiden wollen.“

Es ist befürchten, dass sich die Situation ab dem 1. Juli noch weiter verschärfen wird. Denn die Belastung der Ausbilder wird durch die höhere Zahl der Einberufenen noch zunehmen. Manche Standorte sind darauf nicht vorbereitet. Vielerorts ist man davon ausgegangen, dass der Wehrdienst erst vom Oktober an auf sechs Monate verkürzt werde. So hatte es der Verteidigungsminister noch vor einigen Wochen angekündigt. Doch das gilt inzwischen nicht mehr. Jetzt muss umso mehr improvisiert werden.

Deutlich wird nun auch, dass die Wehrpflicht für die Bundeswehr keineswegs billig ist. Im Gegenteil. Diese Wehrform macht die Streitkräfte teurer. Rainer Arnold, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD:

#### O-Ton Arnold

„Weil die Verkürzung auf sechs Monate in der Bundeswehr dazu führt, dass mehr Soldaten eingezogen werden, die mehr Aufwand, mehr Ausbildungskosten verursachen, gleichzeitig keinen Nutzen mehr bringen.“

Keinen Nutzen - das soll heißen, dass diese Wehrpflichtigen eigentlich gar nicht mehr gebraucht werden. Denn die Bundeswehr hat sich zu einer Einsatzarmee gewandelt. Gefragt sind ausschließlich Freiwillige, in erster Linie Zeit- und Berufssoldaten. Grundwehrdienstleistende werden nicht in Auslandseinsätze geschickt. Sie dienen in den Heimatstandorten. Doch durch die Verkürzung droht dieser Wehrdienst nun völlig unattraktiv zu werden, befürchtet Rainer Arnold:

#### O-Ton Arnold

„Was soll die Marine machen, wenn sie junge Männer nur noch sechs Monate hat – aber zum Kern der Marine gehört nun mal, dass ein Wehrpflichtiger auch ein Schiff, ein Schiff, das auf dem Meer unterwegs ist, kennenlernt. Und das geht mit diesem Schnupperkurs, der dann noch möglich ist, nicht mehr sinnvoll abzuleisten.“

Die schwindende Attraktivität geht dann auch zu Lasten der Nachwuchsgewinnung. Immerhin schöpft die Bundeswehr derzeit aus dem Pool der Rekruten einen erheblichen Anteil an Freiwilligen, die länger Dienst leisten und sich als Zeitsoldaten verpflichten und später Berufssoldaten werden. Im November 2009 waren unter den 250.000 Soldaten rund 60.000 Wehrpflichtige. 25.000 von ihnen hatten den Grundwehrdienst freiwillig verlängert. Doch wenn der herkömmliche Dienst immer unattraktiver wird, dann sinkt auch die Motivation, sich weiter zu verpflichten. Dabei ist die Nachwuchsgewinnung inzwischen das Hauptargument für die Beibehaltung der Wehrpflicht. Ein attraktiver sechsmonatiger Wehrdienst ist aber allen bisherigen Beteuerungen zum Trotz nicht erkennbar.

Kein Wunder, dass inzwischen auch überzeugte Wehrpflicht-Befürworter laut darüber nachdenken, sich von dieser Wehrform zu verabschieden. Zum Beispiel Andreas Ahammer. Der Kölner war lange Zeit Vertreter der Wehrpflichtigen beim Deutschen Bundeswehrverband:

#### O-Ton Ahammer

„Wenn das eben nicht leistbar ist durch die Bundeswehr, einen attraktiven Dienst für den Wehrpflichtigen selbst, wie auch für die Bundeswehr zu kreieren, dann fährt man eben besser damit, sie ganz abzuschaffen, bzw. darüber nachzudenken, wie man sie denn konzeptionell so ausgestaltet, dass der Freiheits Eingriff geringstmöglich ist.“

Denn das neue Modell W6 wird auch teurer: In Zukunft sollen bis zu acht Mal im Jahr Rekruten eingezogen werden - statt bislang quartalsweise. Das bedeutet, der Aufwand wird erheblich größer, die Zahl der Ausbilder müsste erhöht werden, auch müsste mehr Bekleidung und Ausrüstung bereitgestellt werden. Experten schätzen die Mehrkosten allein in diesem Bereich auf 25 Millionen Euro. Auch die Personalkosten werden steigen, denn die so genannten Freiwillig länger Wehrdienstleistenden, also Wehrpflichtige, die bis zu 23 Monate bei der Bundeswehr bleiben, müssen schon ab dem siebten Monat besser bezahlt werden, statt bislang nach dem neunten.

Für immer mehr überzeugte Wehrpflichtanhänger ist die Verkürzung des Wehrdienstes letztlich der Einstieg in den Ausstieg der Wehrpflicht. Selbst vom Bundeswehrverband heißt es inzwischen, W6 sei nur die erste Rate für das Ende der Wehrpflicht. Noch vor kurzem war man nicht ganz so skeptisch. Das neue Modell sei keine gute Alternative, meint auch Rainer Arnold von der SPD:

#### O-Ton Arnold

„Weil viele, die bisher die Wehrpflicht für richtig gehalten haben, jetzt sagen: Moment mal – sechs Monate, das macht überhaupt keinen Sinn mehr: Es bringt uns nichts mehr, es kostet nur noch Geld.“

Und deswegen steht diese Wehrform jetzt auch insgesamt auf dem Prüfstand. Sie wird voraussichtlich ausgesetzt, anders sind die gesetzten Sparziele bei der Bundeswehr nicht zu erreichen. Im September will das Verteidigungsministerium die Ergebnisse der Überprüfung vorlegen. Es gibt keine Denkverbote,

sagt der Verteidigungsminister. Macht eine Verkürzung des Wehrdienstes auf sechs Monate zum 1. Juli da noch Sinn? Oder hätte man lieber die paar Monate noch abwarten sollen? Die SPD hält nichts vom Vorgehen des Verteidigungsministeriums:

#### O-Ton Arnold

„Diese [Verkürzung] jetzt im Schweinsgalopp durchs Parlament zu peitschen und gleichzeitig in derselben Rede zu sagen: aber ob wir das im September noch so sehen, das wissen wir noch gar nicht. Also mit Vertrauen und Planbarkeit hat das überhaupt nichts mehr zu tun. Der Minister mutet im Augenblick den Soldaten in der Bundeswehr diese große Änderung zu. Gleichzeitig gibt er ihnen die Botschaft, ihre Mühe ist wahrscheinlich vergebens, weil wir im Herbst möglicherweise die Wehrpflicht ganz abschaffen.“

Sicher ist im Moment nur eins: am 1. Juli treten die ersten jungen Männer ihren auf sechs Monate verkürzten Wehrdienst an. Nicht ausgeschlossen ist, dass es zugleich die letzten Wehrpflichtigen der Bundeswehr sein werden.

\* \* \*

#### Flocken:

Und jetzt nach Asien. Genauer nach China. Das Reich der Mitte erlebt gegenwärtig einen rasanten Aufstieg. Und zwar nicht nur als Wirtschaftsakteur, sondern auch als Militärmacht. Die Rüstungsausgaben steigen jedenfalls immens. Einzelheiten von Jerry Sommer:

#### Manuskript Jerry Sommer

Die Zahlen sind beeindruckend: parallel zum wirtschaftlichen Aufstieg haben sich die chinesischen Rüstungsausgaben laut dem Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI verdreifacht - von 31 Milliarden Dollar im Jahr 2000 auf 99 Milliarden Dollar im Jahr 2009. Die Steigerungsrate des Militärbudgets war damit größer als die der Wirtschaft insgesamt. Dass wirtschaftliche Macht früher oder später auch in militärische Stärke umgesetzt werde, sei normal, meint Eberhard Sandschneider, China-Experte und Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Auch dürfe man die Aufrüstung Chinas nicht isoliert betrachten. Sandschneider:

### O-Ton Sandschneider

„Die chinesischen Streitkräfte sind im internationalen Vergleich alles andere als wirklich konkurrenzfähig. Sie haben zwar einige sehr moderne Teile ihrer Streitkräfte, aber ansonsten ist das chinesische Heer im Wesentlichen noch ein Landheer, das von allen Ausrüstungsstandards zum Beispiel weit hinter den USA zurückliegt.“

Die USA geben etwa fünfmal so viel für die Rüstung aus wie China. Mit 2,3 Millionen Soldaten hat China mehr Menschen unter Waffen als jeder andere Staat der Welt. Allerdings ist es mit etwa 1,3 Milliarden Einwohnern auch das bevölkerungsreichste Land der Welt. Vergleicht man den Anteil der Rüstungsausgaben am jeweiligen Bruttosozialprodukt, so nimmt China mit zwei Prozent eher einen mittleren Platz ein. Die Liste führen die USA mit 4,3 Prozent an.

Der Grund für die rasante Aufrüstung Chinas ist die technologische Rückständigkeit der Streitkräfte. Dies wurde der chinesischen Führung Anfang der 90er Jahre bewusst. Götz Neuneck vom Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik:

### O-Ton Neuneck

„Der Golfkrieg hat letztlich dazu geführt, dass man auch aufgrund der technischen Überlegenheit der USA 1991 gesagt hat: wir müssen jetzt auch investieren in moderne Waffensysteme.“

Bei den Landstreitkräften sind veraltete Panzer und Artillerie-Geschütze ausgemustert worden. Doch auch die neuen Systeme sind westlichen Modellen weit unterlegen. Inzwischen sind aber über 1.000 Raketen mit konventionellen Sprengköpfen in Dienst gestellt worden. Sie könnten im Falle einer militärischen Konfrontation Taiwan erreichen. Die Unabhängigkeit Taiwans zu verhindern, ist ein vorrangiges Ziel der Regierung in Peking, die die Insel als Teil Chinas betrachtet. Die Armee wird zwar umstrukturiert, sie soll mobiler werden. Aber die wenigen neu aufgestellten schnellen Eingreiftruppen sind nicht in der Nähe von Taiwan stationiert, das gilt auch für moderne Panzer. Damit wird signalisiert: die Volksbefreiungsarmee ist nicht auf eine militärische Offensive gegen Taiwan ausgerichtet.

Bei der Modernisierung der Seestreitkräfte steht gegenwärtig insbesondere die Entwicklung neuer U-Boote im Vordergrund. Zusätzlich werden viele Schnellboote für den Küstenschutz gebaut, ebenfalls Fregatten. Seit Jahren wird auch über den Bau von chinesischen Flugzeugträgern spekuliert, die für Machtprojektionen – also für Interventionen in entfernten Orten – genutzt werden können. Der Ausbau der Marine wird mit der Notwendigkeit begründet, Handelswege zu sichern. Das sei durchaus nachvollziehbar, meint Cheng Li, der China-Experte des Washingtoner Think Tanks BROOKINGS INSTITUTION:

O-Ton Li (overvoice)

„China braucht Ölimporte. Die Marine soll die globalen Interessen Chinas sichern. Im Augenblick sind diese vor allem wirtschaftlich definiert.“

Wie die anderen Atomwaffenstaaten modernisiert auch China sein Nukleararsenal. Allerdings besitzt Peking gegenwärtig nur 32 landgestützte Interkontinentalraketen, rund 80 Mittelstreckenraketen, 40 flugzeuggestützte taktische Atomwaffen und zwölf auf einem U-Boot gestützte Interkontinentalraketen mit insgesamt etwa 200 einsatzbereiten Atomsprengköpfen. Weitere vier U-Boote mit jeweils 12 Atomsprengköpfen sind wohl im Bau, aber noch nicht einsatzbereit. Die Modernisierung soll auch die Entwicklung von Mehrfachsprengköpfen einschließen. Ob China plant, die Anzahl seiner Atomsprengköpfe insgesamt zu erhöhen oder ältere Modelle kürzerer Reichweite zu verschrotten, ist unklar. Ohnehin liegt China mit 200 Sprengköpfen weit hinter den USA und Russland zurück, die jeweils über 5.000 Atomsprengköpfe im aktiven Dienst haben.

Chinas Modernisierungsanstrengungen bei den Nuklearwaffen werden von Experten deshalb nicht als ein Hinweis auf aggressive Absichten gewertet. Vielmehr seien sie eine Antwort auf neue US-Vorhaben, meint der Hamburger Konfliktforscher Götz Neuneck:

O-Ton Neuneck

„Man sagt, man braucht angesichts der Herausforderung durch die USA - Stichwort ‚Global strike‘, also die Möglichkeit mit konventioneller Munition sehr genau auch das Nuklearpotenzial Chinas anzugreifen und mit den Möglichkeiten zur Raketenabwehr – man sagt also, China braucht die Fähigkeit, Abschreckung aufrechtzuerhalten, also einen Zweitschlag durchzuführen.“

Als einzige der fünf traditionellen Atommächte hat China erklärt, keine Atomwaffen als erste einzusetzen. Außerdem tritt es für ein Abkommen über die schrittweise Reduzierung der Atomarsenale auf null ein. Ein solches Abkommen wird allerdings bisher von den anderen Atommächten abgelehnt.

Im chinesischen Verteidigungsweißbuch heißt es, moderne Streitkräfte seien Ausdruck eines wirtschaftlich starken Chinas. Zwei der wichtigsten Aufgaben der Volksbefreiungsarmee sind allerdings nach wie vor nach innen gerichtet: die Stellung der kommunistischen Partei zu schützen und die Aufrechterhaltung der innerstaatlichen Ordnung zu sichern. Außenpolitisch soll die Armee im Rahmen einer passiven und zurückhaltenden Sicherheitspolitik die nationalen Interessen gegen äußere Bedrohungen absichern. Zusätzlich wird den Streitkräften auch eine Rolle für die Aufrechterhaltung des Friedens in der Welt, zum Beispiel im Rahmen von UN-Einsätzen, zugemessen. Seit einiger Zeit beteiligen sich drei chinesische Fregatten vor der somalischen Küste am Anti-Piraten-Einsatz.

Trotz dieser defensiv anmutenden Strategie wird die militärische Aufrüstung Chinas mancherorts mit Sorge gesehen. Obwohl die USA Peking nicht als „Gegner“ betrachten, wird China in Washington oft als wahrscheinlichster Konkurrent der Zukunft angesehen. Dabei sind die USA mit etwa 100.000 Soldaten in der Region präsent und die dominierende Militärmacht. Zu nennen sind die asiatischen Stützpunkte der USA, ihre Pazifik-Flotte sowie die militärischen Allianzen mit Japan, Taiwan, Südkorea und anderen Ländern. Doch gerade diese Vorherrschaft und die unbeschränkte militärische Handlungsfreiheit sieht Washington als gefährdet an. Cheng Li von der BROOKINGS INSTITUTION:

O-Ton Li (overvoice)

„Wenn man Nummer eins ist, achtet man darauf, diese Dominanz zu erhalten und nicht herausgefordert zu werden.“

China als Bedrohung wahrzunehmen und die westliche Militärpolitik dementsprechend auszurichten, hält Eberhard Sandschneider von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik jedoch für falsch, weil China bisher keine expansionistischen militärischen Absichten erkennen lasse:

### O-Ton Sandschneider

„Ganz offensichtlich suchen wir seit 20 Jahren verzweifelt nach einem neuen Feindbild. Und wir haben alle möglichen Feindbilder getestet, gewogen und für zu leicht befunden: Herr Milosevic genauso wie Saddam Hussein und sogar Osama bin Laden funktioniert nicht wirklich als neues Feindbild. China könnte zu diesem neuen Feindbild werden.“

In Asien wird Chinas wachsende militärische Stärke unterschiedlich bewertet. Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen sowohl zu Südkorea, als auch - nach Regierungswechseln - zu Japan und selbst zu Taiwan sind gut. Doch Seoul und Tokio haben ihrerseits eigene Rüstungsprogramme mit der chinesischen Aufrüstung begründet. Vor allem wird mehr Transparenz für die Militärstrategie Chinas angefordert. Trotzdem reagiert man insgesamt eher gelassen auf Pekings Rüstungsanstrengungen, sagt Shashi Tharoor, der bis zum Frühjahr Staatssekretär im indischen Außenministerium war:

### O-Ton Tharoor (overvoice)

„Natürlich passt man auf, dass kein Hegemon in der Region entsteht. Aber im Großen und Ganzen wird China als eine wohlwollende Macht in der Region angesehen, bei der die Gefahr hegemonialer Tendenzen nicht vorhanden ist.“

Chinas militärischer Aufstieg hat allerdings zu verstärkten Bemühungen um neue sicherheitspolitische Strukturen in Asien geführt. Im Herbst wollen erstmals die Verteidigungsminister der ASEAN-Staaten, Chinas, der USA und anderer Länder zu Beratungen zusammenkommen. Auf dem Treffen soll es vor allem um Vertrauensbildung und Transparenz gehen. Regionale Rüstungskontroll- oder gar Abrüstungsabkommen sind auf absehbare Zeit jedoch nicht in Sicht.

\* \* \*

### Flocken:

Soviel für heute in Streitkräfte und Strategien. Die Sendung können Sie als Podcast herunterladen: unter [ndrinfo.de](http://ndrinfo.de). Dort können Sie auch den Newsletter der Sendereihe Streitkräfte und Strategien abonnieren. Wir schicken Ihnen dann jeweils das aktuelle Manuskript der Sendung kostenlos per E-Mail zu. Am Mikrofon verabschiedet sich Andreas Flocken.